

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Vertheilung
Sohanniskasse 33.
Zuschreibern der Redaction:
Montags 9-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Genere an Wochenenden bis
5 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.
In den Fällen für Inf. Anstalt:
Otto Klemm, Buchverleger, 22,
Sankt-Nicolai-Strasse, 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,000.
Abonnementspreis viertel 4 1/2 Rthl.,
incl. Postgebühren 5 Rthl.,
denn die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Inserate 40 Pf. Courtpolis, 20 Pf.
Größere Schriften laut unferem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Tag nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Reclamenstrich
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind best an d. Expedi-
tion zu senden. — Abat wird nicht
gegeben. Zahlung proannum
oder durch Postnachschuß.

N^o 43.

Montag den 12. Februar 1877.

71. Jahrgang.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die Anstalt hat von Ostern 1877 ab:

- 1) einen zweijährigen Cours für eine umfassendere und tiefere allgemeine Bildung, in welchem die Schülerinnen Unterricht in deutscher Sprache und Literatur, französischer und event. englischer Sprache, Rechnen und Geometrie, Buchführung, Geographie, Geschichte, Naturkunde, Zeichnen, weibl. Arbeiten, Singen und Turnen erhalten;
- 2) einjährige Fachcours, welche die specielle Ausbildung der jungen Mädchen für bestimmte, dem weiblichen Geschlechte zugängliche Berufsarten (von Ostern ab zunächst für das kaufmännische Geschäft und für kunstgewerbliche Zweige) bezwecken.

Anmeldungen neuer Schülerinnen erbitte ich mir von Montag, den 12. Februar, bis Freitag, den 16. Februar, Nachmittags von 3-5 Uhr im Directorialzimmer des Raabensflügels der I. Bürgerschule. Außerdem bin ich jederzeit bereit, nähere Auskunft zu ertheilen.
Leipzig, den 11. Februar 1877.
C. Reimer, Director.

Realschule 1. Ordnung.

Anmeldungen neuer Schüler für Ostern d. J. werden

Freitag den 16. und Sonnabend den 17. Februar e.

Donnerstag von 9 bis 11 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr gegen Vorzeigung des Zeugnisses oder Geburtscheines, des Impfscheines, eines Schulzeugnisses oder der letzten Schulnoten von dem Unterzeichneten entgegengenommen.

Die Aufnahmeprüfung wird
Mittwoch den 28. Februar von früh 8 Uhr an stattfinden.
Leipzig, am 10. Februar 1877.

Stiefel.

Handelslehreanstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der höhern Abtheilung, deren Reifensnisse zum einjährig freiwilligen Militärdienst berechtigen, am 5. April. Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11 bis 12 1/2 Uhr und Prospekte sind im Schulgebäude zu erhalten.
Dr. Odermann, Director.

Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

Heute Abend 8 Uhr im blauen Saale der Centralhalle. Dr. Heinze.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 11. Februar.

Der Kaiser Wilhelm hat bei der am Freitag stattgefundenen Einführung des Prinzen Wilhelm in den activen Militärdienst an den letzteren eine längere hochbedeutsame Ansprache gerichtet, welche auf alle Theilnehmenden an dem feierlichen Acte tiefsten Eindruck machte und in der betreffenden Kreise lebhaft besprochen wird. Der Wortlaut der Ansprache soll der Öffentlichkeit nicht vorerhalten werden. Der Kaiser entwickelte darin ein Bild der Wirksamkeit des preussischen und deutschen Heeres vom Großen zurücker zu bis in die neueste Zeit, daraus die Grundzüge andeutend, welche dem nunmehr in diese Armees tretenden Einzel für diesen Theil seiner Lebensaufgabe vorzuschreiben. In richtiger Würdigung d. s. scheinbar Kleinen liege die Bürgerschaft für das Große; das sei die Richtschnur für die preussische Armeegewesen und solle es bleiben.

Dem „El. Journ.“ geht folgende Mittheilung zu: Die Gruppe Löwe wird im Reichstage ihre früheren Beziehungen zur Fortschrittspartei nicht wieder aufnehmen. Diese bestanden zunächst darin, daß die Fortschrittspartei bei Commissionen wählen von den ihr zugehörigen Mitgliedern eine an die Gruppe freiwillig abtrat. In der bevorstehenden Reichstagsession wird die Gruppe in ein ähnliches Garticel mit der nationalliberalen Fraction treten. Bekanntlich beabsichtigen diejenigen elf sächsischen Abgeordneten, welche der durch das „El. Journ.“ repräsentierten Partei angehören, sich der Gruppe Löwe anzuschließen.

Der „Württembergische Staatsanzeiger“ bringt eine Erklärung, wonach die sich in einigen Blättern findende Behauptung, daß die württembergische Regierung die Gründung einer bundesstaatlichen (particularistischen) Fraction im Reichstage begünstige, jeder Begründung entbehrt.

Am 10. Februar hielt das ungarische Unterhaus eine bedeutende Sitzung. Nach Verlesung einer Zuschrift des Ministerpräsidenten Tisza, in welcher mitgeteilt wird, daß das Ministerium seine Entlassung gegeben und daß der Kaiser dieselbe am 8. d. M. angenommen, begründete Tisza persönlich dieses Entlassungsgesuch und erklärte nach einem Rückblick auf die ganzen Ausgleichsverhandlungen, daß letztere bei der Frage wegen Bildung des Centralorgans der Nationalbank gescheitert seien. Die ungarische Regierung sei hierbei Anforderungen begegnet, welche sie nach ihrer Ansicht ohne Schädigung des staatlichen Ansehens nicht hätte annehmen können. Sie habe demnach versuchen müssen, ob sie nicht die Errichtung einer selbstständigen Bank in Angriff nehmen konnte. Niemand habe das Recht des Landes hierzu angezweifelt und wenn dies geschehen wäre, so hätte der König von Ungarn vereint mit der Nation dieses Recht vertheidigt. Allein die Bedenken des um das Wohl der Monarchie und des Landes besorgten Fürsten seien so groß gewesen, daß das Ministerium dieselben nicht habe beistimmen können. Die Regierung habe daher ihre Entlassung gegeben und erlaube das Haus, die Sitzungen zu unterbrechen, bis der Kaiser bezüglich der neuen Regierung Anordnungen getroffen habe. Die Entscheidung werde nicht lange ausbleiben, da der König schon mit mehreren in allgemeiner Achtung stehenden Persönlichkeiten verhandelt. Die Sitzungen wurden hierauf vertagt.

Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Wien gemeldet, daß der Kaiser ein neues Rundschreiben an die Vertreter der Fürste im Auslande erlassen. In demselben werde den Vertretern der Fürste mitgeteilt, daß auf Befehl des Kaisers die Wahlen zum Parlament und der Zusammentritt des letzteren beschleunigt werden sollen.

Das serbisch-türkische Friedensver-

trage macht gute Fortschritte. Die der „Politischen Correspondenz“ aus Belgrad gemeldet wird, haben bis jetzt drei Unterredungen zwischen dem Ministerpräsidenten Kisić und dem Vertreter der Fürste, Bertow, stattgefunden. In denselben sei über folgende Punkte der seitens der Fürste für die Verhandlungen aufgestellten Grundlagen: Die Salutarität der türkischen Flotte, die Erhaltung der serbischen Festungen gemäß dem Ferman von 1867, die Verpflichtung der serbischen Regierung, die Bildung bewaffneter Banden auf serbischem Gebiete und deren Uebertritt auf türkisches Gebiet zu verhindern, volle Einigung erzielt worden. In Bezug auf die übrigen Punkte habe Bertow weitere Weisungen von seiner Regierung ein, welche voraussichtlich heute oder morgen eintreffen würden. Nach der Feststellung der Friedensgrundlagen dürfte Philipp Christoph sich mit zwei Secretären zu den entgegengesetzten Friedensverhandlungen nach Konstantinopel begeben.

Ridhat Pascha begibt sich einigen Zeitungsnachrichten zufolge nach Paris. Personen, die ihn früher gefolgt haben, wollen wissen, er werde die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nicht ruhig hinnehmen, sondern sich dagegen bald öffentlich verteidigen.

Aus Washington wird gemeldet: Der von der Mehrheit des Ausschusses der Repräsentantenhaus zur Untersuchung der Wahlen in Louisiana erstattete Bericht erklärt, daß die demokratischen Wahlmänner als geschlecht gewählt und die Entscheidung des Controlcomité als nicht vorhanden zu betrachten sei. Die Minorität des Ausschusses behauptet dagegen in ihrem Berichte, daß die republikanischen Wahlmänner als gewählt angesehen seien und behauptet die Democratien der Gewaltthätigkeit und der Wahlfälschung.

Leipzig, 11. Februar. Alle Mittheilungen aus dem 17. Wahlkreise (Glauchau) lassen erkennen, daß die Wahlbewegung dort eine Festigkeit und Ausbreitung angenommen wird, wie sie dieser Kreis bisher trotz der schroffen Gegenläufe, die sich dort entgegenstehen, nicht erlebt hat. Die kämpfenden Parteien stehen sich geschloffen gegenüber und es gehören insbesondere dem Wahlcomité für den reichstreuen Candidaten Männer der verschiedensten Schattirungen an. Die erfreuliche Einigung der reichstreuen Elemente, welche in Sachsen und anderen deutschen Landen bei den Stichwahlen schon zu Tage trat, besteht im vollsten Maße auch bei der Nachwahl im Glauchauer Bezirk. Es wird sich in der Hauptfache darum handeln, diejenige Masse der Wahlberechtigten mobil zu machen, welche bisher von der Wahlurne fern blieb, eine Masse, die etwa 6000 Köpfe beträgt. Wenn es anderwärts, z. B. in Elberfeld, einem Kreise mit gleich unglücklichen Verhältnissen, gelungen ist, sämtliche Wähler mit geringen Ausnahmen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu veranlassen, warum soll das in Glauchau unmöglich sein?

Wie die „Kreuzzeitung“ anknüpft, wird sich im Reichstage eine „deutsch-conservative Fraction“ bilden, zusammengesetzt aus den bisherigen 21 Conservativen und den unter deutsch-conservativ-agrarischer Flagge Neugewählten. Die Stärke dieser Partei veranschlagt das Blatt auf 35-40 Mitglieder, und welche Stellung sie einnehmen wird, zeichnet es in folgenden Worten: „Sie wird der Regierung, soweit diese conservative Anschauungen vertritt, eine Stütze bieten, welche sie mehr, als bisher, der Rothwendigkeit überhebt, dem Liberalismus schwerwiegende Zugeständnisse zu machen, um von dem Gewollten wenigstens etwas zu erreichen. Und diese Stütze wird, weil widerstandsfähig, sicherer sein, als die liberal-conservative Regierungspartei sein würde, von welcher in der letzten Zeit so viel die Rede gewesen ist.“ Also die deutsch-conservative Fraction, oder wenigstens ihr Organ, erhebt den Anspruch, die aus liberalen und conservativen Elementen gebildete Mehrheit, auf welche die Regierung bisher sich stützen mußte —

von einer solchen festen Mehrheit, nicht von einer liberal-conservativen Regierungspartei ist die Rede gewesen — überflüssig zu machen. Zum Mindesten will sie die Regierung in den Stand setzen, auf die liberale Seite des Reichstags weniger Rücksicht nehmen zu müssen. Man kann nicht annehmen, daß ein besonnenes Parteiorgan dergleichen Absichten ansprechen werde, ohne sich zuvor das Wie ihrer Ausführung klar gemacht zu haben. Sehen wir also zu! Die deutsch-conservative Fraction wird nach eigener Schätzung der „Kreuzzeitung“ im günstigsten Falle 40 Mann zählen. Nehmen wir also zu! diese auf die deutsche Reichspartei, so ergibt sich für die gesammte Rechte, als deren selbstverständliche Führerin die „Kreuzzeitung“ die deutsch-conservative Fraction zu betrachten scheint, eine Gesamtstärke von 80 Köpfen, d. h. es fehlen noch 119 an der Majorität. Woher soll diese bei Weitem größere Hälfte genommen werden, ohne der liberalen Seite des Hauses Zugeständnisse machen zu müssen? Es gibt nur eine Möglichkeit: die Verbindung mit dem ultramontanen Centrum, welches seinerseits wieder die Polen und ein paar Elstörer heranzuziehen dürfte; die wenigen, alsdann an der vollen Mehrheit noch fehlenden Stimmen würden sich durch Eintragung des einen oder andern Wilden schon ausstreuen lassen. Man sieht, es ist den Deutsch-conservativen oder wenigstens der Kreuzzeitungsgruppe Einteil mit der Durchführung des ultramontanen Bündnisses, welches bereits in ihrem Programm vom vorigen Sommer so freimüthig in Aussicht genommen wurde. Wie männlich bekant, hat dies Bündnis bei den Wahlen schon seine Dienste gethan, und wer etwa geglaubt hat, daß dies für die weitere politische Haltung der Deutsch-conservativen ohne Folgen bleiben werde, dem werden die Aebendungen der „Kreuzzeitung“ eines Andern belehren. Herr v. Kleist-Rehnow ist in der That ein viel zu ritterliches Gemüth, um den Ultramontanen, auf deren Schultern er in den Reichstage steigen, nunmehr den Rücken zu kehren. Und Herr v. Kleist-Rehnow wird, wenn eine deutsch-conservative Fraction überhaupt zu Stande kommt, der Führer derselben sein. Damit ist die Stellung der neuen Fraction zur Regierung gegeben. Zur besseren Illustration derselben mag die unerhörte Kampfweise dienen, deren sich die Centrumpartei im preussischen Abgeordnetenhaus gerade in diesen Tagen gegen die Regierung befleißigt. Hier die „Kreuzzeitung“ bringt es fertig, diese selbe Centrumpartei im Reichstage zum Hauptbestandtheile derjenigen Mehrheit zu machen, welche der Regierung eine sichere Stütze, dem Reiche die feste Grundlage zu ungestörtem Emporkommen bieten soll!

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Zur Beleuchtung der bei Verlustfällen von Briefen so häufig gegen die Postverwaltung erhobenen Beschuldigungen ist erst kürzlich in diesen Blättern über die Unterbringung einer großen Anzahl von Briefen durch einen Handlungslehrling in Bielefeld Mittheilung gemacht worden. Schon wieder ist ein ähnlicher Fall in Erfurt vorgekommen. Auch hier hat ein für durchaus zuverlässig gehaltenen Lehrling Monate hindurch unbeargwohnt die ankommende und abgehende Correspondenz seines Hauses in solchem Umlaufe untergeschlagen, daß nach seiner Verhaftung noch mehrere Hundert unterdrückter Briefe bei ihm vorgefunden wurden. Der Verdacht hatte sich auf den jugendlichen Verbrecher erst gelenkt, als die Postbehörde des Ortes aus Anlaß einer bezüglichen Beschwerde darauf hingewiesen hatte, daß nach den begleitenden Umständen die Ursache des Abhandenkommens so vieler Sendungen nicht auf der Post, sondern in dem eigenen Dienstpersonal des geschädigten Hauses gesucht werden müsse.

Einiges Neuere über Delbrück.

In Berlin hat am Mittwoch in den Räumen des „Englischen Hauses“ das jährlich wiederkeh-

rende große „Reichsblatt des Vereins zur Verbesserung des Gewerbes“ stattgefunden. An der Spitze der Teilnehmer bemerkte man den allberühmten Vorsitzenden des Vereins, Staatsminister Delbrück, mit dem Minister für Handel und Gewerbe, Herrn Adenbach. Delbrück brachte dem Toast auf Kaiser Wilhelm aus. Er sprach unter lautloser Stille ungefähr die folgenden Worte: „Meine hochverehrten Herren, in einer Zeit, wo Kämpfe auf dem Gebiete der Gesellschaft, des bürgerlichen Lebens wie des Staatslebens die Nation in ihrer Tiefe erregen, in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Entwidlung noch vergeblich ringt, sich von dem Drucke zu befreien, welcher schwer auf ihr lastet, und den festeren Jahre vorbereitet haben, in einer Zeit, von der man mit Recht sagen kann, daß die volle Ungeheuerlichkeit recht eigentlich die Signatur der europäischen Lage ist — in einer solchen Zeit richten wir mit Recht unsere Blicke ganz besonders auf die greise Heldengestalt unseres Kaisers, der niemals in seinem Leben vor irgend einer Schwierigkeit zurückgewichen ist und mit Gottes Hilfe auch in gefährlichen Lagen gefestigt hat. Indem wir auf ihn als Beispiel blicken, kommt uns Vertrauen und Muth; er steht auch jetzt mit ungebrochener Arbeitskraft in schwieriger Zeit als der treue Hüter seines Landes da, und Allen ein leuchtendes Muster von Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe. Se. Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm I. er lebe hoch!“ Da klangen die Gläser und schallten donnernd die Hochrufe, es währte lange, ehe der Jubel sich legte, und ein „Lied auf den Kaiser“ nach der Spontinischen Melodie die Aufmerksamkeit fesselte.

Darauf brachte Herr E. Bollheim den Toast auf den Handelsminister Herrn Adenbach aus, dessen mühevoller Thätigkeit in einer wirtschaftlich bedrängten Zeit, so wie speciell seine Fürsorge für das Wohl dieses Vereins rühmend hervorgehoben wurden. Der redgewandte Minister erhob sich sofort, um dem Redner zu danken und eine Bankrede, etwa nach englischem Muster, zu halten: „Meine Herren, die Industrie hat sehr schwere Zeiten zu durchleben. Vor einem Jahre etwa konnten wir der Hoffnung auf bald eintretende, zum Theil schon sich vorbereitende bessere Tage öffentlich aussprechen. Wir müssen jetzt sagen, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Wesentlich übertrieben müssen allerdings vielfache landläufige Klagen, die man jetzt vernimmt, genannt werden. Unsere Zeit scheint mir nicht bloß auf politischem Gebiete merkwürdig an jenen Ueberragungen zu sein. Ich citire hier als Beispiel den Steinfolenbergbau in Westfalen. Im Jahre 1876 hatten wir dort die stärkste Production, die überhaupt jemals erlebt worden ist. Heute, da noch nicht sechs Wochen und von dieser großartigen Production trennen, finden allgemeine Arbeiterentlassungen statt, weil der Absatz wegen des milden Winters stoch. Das nur als Beispiel. Es giebt eben Umschwünge und Veränderungen empfindlicher Art, die von den leitenden Persönlichkeiten abfolat nicht abhängen. Die jetzige wirtschaftliche Roth, die sich nicht über Deutschland allein, sondern über die ganze Welt erstreckt, ist die gradezu naturnotwendige Folge der Ueberfülle der vergangenen Jahre. Nun treten Forderungen an uns heran, daß die Gefeggebung zurückzuführen. Meine Herren, ich rechne es mir, geradezu herausgesagt, als ein Verdienst an, daß ich mich nicht habe bestimmen lassen und nicht werde bestimmen lassen, in diesen Dingen von dem Wege einer ruhigen und kalten Prüfung der vorhandenen Zustände abzugehen; ich mache nicht Reht und mache nicht zurück! (Allseitig donnerndes Bravo.) Unsere bisherige Gefeggebung hat nicht zum Unselgen gewirkt, und hat nicht zu der wirtschaftlich schlimmen Lage, in der wir uns jetzt befinden, beigetragen. Beweis dafür ist ja eben der Umlauf, daß nicht in Deutschland allein ein Stoden der blühenden Production und des Verkehrs überhaupt eingetreten ist, sondern auch in anderen